

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Perler, Industriehalle
Kirsbach-Zürich
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
dessen bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
Voraus zahlbaren
Wierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Rtl. 3.— für Deutschland (Kouvert)
fl. 1. 70 für Oesterreich (Kouvert)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).
Inserate
Die dreizehnpaltige Zeitzeile
25 Lit. — 30 Wg.

N. 12.

Sonntag, 21. Dezember.

1879.

AVIS an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die hiesigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die die Briefe marder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fähren. Hauptvorkehrung ist hierzu ein-zuführen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag schriftl. adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerbittliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unersingliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich der größte Sicherheit Kommando. Soweit an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Ua den Druck der nächsten Nummer vor den
Freiertagen zu ermöglichen, mußte die heutige
Nummer außergewöhnlich schnell zusammenge-
stellt werden. Dies die Ursache der mangel-
haften Ausstattung der Rundschau, was wir
zu berücksichtigen bitten.

Abonnements-Einladung.

Wenige Tage noch, und der „Sozialdemokrat“ hat das
erste Quartal seines Bestehens hinter sich
Wir haben nicht nötig, über die Aufgabe und die Erfolge
des neuen Parteiorgans viele Worte zu machen. Die
Entstehung des „Sozialdemokrat“ war eine Notwendig-
keit, gleichwie ihm seine ganze Haltung von Anfang an
durch die Umstände und die Interessen der Partei bestimmt
vorgezeichnet war. Und weil der „Sozialdemokrat“ nicht
einem momentanen und auf gewisse Kreise beschränkten Im-
puls seine Existenz und die Art seiner Existenz verdankt, son-
dern, wie er ist, mit Notwendigkeit wurde, so entsprechen
auch seine bisherigen Erfolge durchaus unsern Erwartungen.
Aus allen Theilen der sozialistischen Welt, vor Allem aber
aus Deutschland, dessen Sozialisten dadurch nach
einjähriger Unterbrechung wieder ein Partei-
organ erhielten, sind überaus zahlreiche Abonnementsbe-
stellungen eingelaufen und laufen noch ununterbrochen ein.
Wenn dieselben sich, wie voraussichtlich, in der bisherigen
Weise weiter vermehren, und wenn namentlich der Massen-
bezug sich immer mehr ausdehnt, so ist die Zeit nicht mehr
fern, wo der „Sozialdemokrat“ die Abonnenten-
zahl des früheren deutschen Parteiorgans errei-
chen und dann neben seiner Hauptaufgabe den nicht minder
wichtigen Zweck erfüllen wird, für die Partei eine sichere
Einnahmequelle zu liefern.

Unter diesen Umständen haben wir doppelt das Recht wie
die Pflicht, die Genossen allerwärts aufzufordern, das Partei-
organ nicht nur durch eigenes Abonnement, sondern auch durch
eifrige Weiterverbreitung nach besten Kräften zu fördern und
zu unterstützen. Sie fördern dadurch die Partei selbst,
machen sie widerstands- und kampffähiger gegen ihre Feinde
und geben ihr eine neue Waffe im Kampfe für des Volkes
Rechte gegen seine Unterdrücker und Ausbeuter!

Man abonniert auf den „Sozialdemokrat“ nur beim un-
terzeichneten Verlag und dessen bekannten Agenten in
Deutschland, sowie bei den auf der vierten Seite
des Blattes aufgezählten auswärtigen Filialen.
Parteiengenossen im deutsch-österreichischen Polizeigebiet (in wel-
chem der „Sozialdemokrat“ bekanntlich verboten ist) wollen
sich, wenn sie über die sicherste Verbindung mit uns
oder über unsere Agenten in ihrer Gegend in Un-
kenntnis sind, an bekannte Genossen um Ruckschlus wenden,
auf alle Fälle aber das Avis am Kopf unseres
Blattes genau beachten.

Da ferner der Versand an unsichere Besteller zur Sicher-
heit unseres Postverkehrs in ganz anderer Weise bewirkt werden
muß, als der an Parteiengenossen, so wollen uns unbekannt
Genossen gleich in den Bestellbriefen ihre Par-
teigebhörigkeit durch die Gegenzeichnung eines
Vertrauensmannes bestätigen lassen; andernfalls
wäre die Einholung von Informationen geboten, wodurch
Zeitverluste für uns und die Besteller entstehen würden.

Der voraus einzuschickende Abonnementspreis
für den direkten Bezug des „Sozialdemokrat“ beträgt: für die
Schweiz (unter Kreuzband) 2 Franken, für Deutschland
unter Couvert, unkenntlich als Zeitungsendung) 3 Mark, für
Oesterreich (ebenfalls unter Couvert) 1 Gulden 70 Kreuzer,
für alle andern Länder des Weltpostvereins (unter Kreuzband)
2 Franken 50 Rappen.

Wir ersuchen indessen, sowohl die Wieder als
Neu-Abonnements möglichst ungeschwind zu bewirken,
da unsere durch den systematischen Preisverhöhl und Preis-
erhöhung der deutschen und österreichischen Post bedingte kom-
plizierte Beförderungsart viele Zeit in Anspruch nimmt und deshalb
späterer Bestellungen Bezug in der Zustellung unvor-
schieblich wären.

Parteiengenossen! Tut eure Pflicht — wir werden die unsre
thun!

Verlag und Redaktion des „Sozialdemokrat“.

Die Magdeburger Reichstagswahl.

Es ließ sich voraussehen, daß das Resultat der Magdeburger
Reichstagswahl unsere Gegner aller Schattirungen gewaltig über-
raschen werde. Diese hochweisen Leute haben sich seit Langem
in den Glauben an die Wirksamkeit des Ausnahmegesetzes bis
über die Ohren verannt, und der von der Regierung verheißene
rapide „Rückgang“ der Sozialdemokratie gilt ihnen als ein un-
angreifbares Dogma. Freilich hätten sie schon die Wahlen von
Breslau und Erfurt, die sächsischen Landtagswahlen und noch
manch andere Dinge — von der Eulenburg'schen „Motivierung“
der Verlängerung des Berliner Belagerungszustandes ganz ab-
gesehen — eines Besseren belehren können. Aber Glaubens-
artikel werden nicht so schnell aufgegeben, und vor Allem der
Liberalismus ist ja gegen die Lehren und Schläge der Thatfachen
überaus abgehärtet. Er durfte also nach kurzem Besinnen —
von Nachdenken kann man diesem niedrig organisierten Geschöpf nicht
wohl sprechen — voll Vertrauen auf die an seinem Lager wachende
und die Geispenster verjagende Regierung ruhig und selig weiter.

Um so größer war sein Erschrecken, als das gefürchtete roth-
Schreckbild am 10. Dezember plötzlich Fleisch und Blut gewann
und ihm und aller Welt ein verständliches Zeichen seiner Exi-
stenz gab. Die große Stimmenzahl welche auf den Kandidaten
der Sozialdemokratie gefallen und die denselben zur engeren Wahl
mit dem nationalliberalen Kandidaten stellt, rief im Abgeordneten-
haus allgemeine Ueberraschung hervor und bildete in den Cou-
loirs den Hauptgegenstand der Unterhaltung — melden die
Landtagsberichterstatler. Daß diese Ueberraschung und Aufreg-
ung über diesen neuen Erfolg der von Schwachköpfen schon für
halbtodt gehaltenen Sozialdemokratie aber auch in der ganzen
herrschenden Klasse, bei der Regierung wie bei dem „liberalen
Bürgerthum“ keine geringere war, beweisen die Auslassungen der
Bourgeoispreffe aller Parteien.

Und der Ausgang der Wahl war in der That ein Erfolg, ein
neuer großer Erfolg unserer Partei! Magdeburg ist seit Langem
eine „Hochburg“ des Nationalliberalismus und noch vor zwei
Jahren, also zu einer Zeit, wo sich die sozialistische Wahlagitatio-
verhältnismäßig frei entfalten konnte, wo die Attentate noch nicht
gechehen und von etenden Lügneren der Sozialdemokratie in die
Schuhe geschoben waren, — noch 1877 erhielt der National-
liberalismus im ersten Wahlgang 5085 Stimmen gegen nur
2724 sozialistische, so daß also das Verhältnis der nationalli-
beralen Stimmen zu den sozialdemokratischen 10 zu 5 war. Und
heute, nach der großen Attentats-Nothwendigkeit, nach einjähriger
Dauer des die Sozialdemokratie ächtenden und jede öffentliche
Bewegung derselben unmöglich machenden Ausnahmegesetzes, ohne
jede öffentliche Agitation, ohne Presse, ohne Versammlungen,
ohne zahlreiche Flugblätter, ohne Wahlaufrufe, ja selbst ohne
öffentliche Nominirung des Kandidaten, ist die Zahl der sozial-
demokratischen Wähler so bedeutend gewachsen, daß unsere Stim-
men zu denen der Nationalliberalen kaum mehr wie 9 zu 10
stehen, indem wir sofort im ersten Wahlgang 4721 Stimmen
gegen 5149 nationalliberale*) errangen!

Wohl ist gegen voriges Jahr auch die Zahl der sozialdemo-
kratischen Stimmen zurückgegangen, da sie damals 6253 betrug;
allein auch die der Liberalen ging ebenso zurück, indem die da-
mals vereint wählenden Nationalliberalen und Fortschrittler 1878
12,173 Stimmen auf sich vereinigten, während sie heute nur
9167 Stimmen zählen. Die Abnahme der Stimmenzahl be-
trägt hiernach sowohl bei uns als bei den gegnerischen Parteien
circa ein Viertel. Diese Thatfache erklärt sich leicht aus der
ausserordentlich großen Wahlbetheiligung im vorigen Jahre,
wo nach der Auflösung des Reichstages eine gewaltige Aufregung
herrschte und man vor einer weittragenden Entscheidung stand,
einerseits und der durch die, auf die frühere Erregung folgende
Anspannung, den „konservativen Zug“ der Zeit und namentlich
durch die Rundtombmachung der Sozialdemokratie bewirkten poli-
tischen Unthätigkeit und Gleichgültigkeit andererseits.

Trotz aller dieser und der schon oben charakterisirten Hinder-
nisse einer freien Wahl, trotzdem überdies auch noch der wirth-
schaftliche Einfluß des Kapitals in ausgiebiger Weise, nament-
lich durch Erhöhung mit Arbeitsentziehung gegen eine sozial-
demokratische Wahl ins Feld geführt worden ist, trotzdem Wind
und Sonne so ungleich als möglich vertheilt waren und unser
Kampf dem gegenüber einem mit allen Schurz und Trugmitteln
der neuesten Waffentechnik ausgerüsteten lediglich auf seine ur-
wüchsigkeit Kraft angewiesenen und kaum mit den ursprünglichen
Verteidigungsmitteln Bekämpften gleich: trotz alledem haben wir
unsere alte Position glänzend behauptet! So ist
dies unter solchen Umständen ein bedeutender und bedeutamer
Erfolg, was auch von den Gegnern, wenn auch widerstrebend,
anerkannt werden muß. Wie ruhmvoll die Sozialdemokratie
den Platz behauptet, ja unter den schwierigsten Verhältnissen

stetig siegreich in die Reihen des Segners vorgebrungen und
wie groß die schmächtige Niederlage der Nationalliberalen ist,
schildert in anerkannter Weise die fortschrittliche
Berliner „Volkszeitung“: „Wenn auch die Zahl der national-
liberalen Stimmen gegen 1877 einen kleinen Zuwachs aufweist,
so ist doch ihr relativer Rückgang geradezu überraschend: während
der Partei 1877 nur wenige Stimmen an der absoluten Majori-
tät fehlten, während sie also allein fast so viel Stimmen auf
ihren Kandidaten vereinigten, als alle anderen zusammen, sind die
beiden rivalisirenden Parteien, die Fortschrittspartei und die So-
zialdemokraten, diesmal mit fast der gleichen Stimmenzahl(?) aus-
getreten, und wir dürfen wohl annehmen, daß ohne den
Druck des Ausnahmengesetzes die Sozialdemokratie
die relative Majorität errungen haben würde.“

Die Niederlage und Angst der Nationalliberalen ist
eine große, obgleich sich die Leute an Niederlagen und Hiebe
nachherade einigermaßen gewöhnt haben könnten. Ihre Furcht
ist aber um so größer, als sie durchaus nicht sicher sind, ob die
Stichwahl günstiger für sie ausfallen und nicht zum guten Ende
ihre Hochburg nach definitiv den schrecklichen Sozialdemokraten in
die Hände fallen werde. Die Nationalliberalen haben sich näm-
lich da, wo sie augenblicklich die Mehrheit hatten, namentlich auch
in letzterer Zeit, so übermüthig und prozig gegen die jetzt wieder
gestrichelte und geschmeichelte „Schwesterpartei“ des Fortschritts
benommen, daß letztere jetzt wenig Lust zeigt, den nun in die
Tinte Gerathenen eiligst beizuspringen. Insbesondere hat der
Nationalliberalismus bei dem Fortschritt die Breslauer Wahl auf
dem Kerbholz. Als die Nationalliberalen bei der letzten Reich-
tagswahl um die Stimmen des Fortschritts warben, sagte der
letzte unter der Bedingung zu, daß die Nationalliberalen ihm
als Gegendienst einen Sitz im Abgeordnetenhaus überließen.
Als aber die letzteren ihren Unruß mit Hilfe der Fortschrittler
durchgebracht hatten, vergaßen sie auf ihr Versprechen und brachen
als es darauf ankam, in Breslau ihr Wort in gewohnter Weise,
um auch diesen Gewinn einzusacken.

Daß sich die Fortschrittler unter solchen Umständen nicht so
ohne Weiteres auf ein abermaliges Bündniß mit dieser Wort-
brecherpartei einlassen wollen, ist leicht erklärlich. Sie haben sich
dennoch von Anfang an freie Hand vorbehalten, um den edlen
Nationalliberalen „eventualiter einen Denkzettel zu erteilen, um nicht
den Zerlegungsprozess der Partei der Mitte dadurch aufzuhalten,
daß man sich bei der Stichwahl für Herrn von Bennigsen's
hannoversche Leibpartei engagiert, die uns seit Jahren nicht als
Uebles gethan hat und die auch jetzt wieder im Abgeordneten-
haus den letzten Anstrich von Liberalismus abstreift.“ Ja, daß
fortschrittliche Hauptorgan, die Berliner „Volkszeitung“ plaudert
geradezu dafür, „daß man die Suppe, die sich die „Männer der
schönen Tage von Aranjuez“ eingebrockt, sie auch allein auslöf-
feln lasse“, — d. h. Wahlenthaltung.

Natürlich herrscht darob große Entrüstung und grimmige Wuth
bei den „Haatserhaltenden Elementen“, nicht minder aber Heulen
und Zähneklappern bei den armen Magdeburger Nationalliberalen.
Während diese sonst auf die fortschrittliche „Schwesterpartei“ nicht
genug schimpfen können, bequemen sie sich jetzt zum Abbiten und
finden plötzlich, daß, „was die beiden Parteien trenne, nicht von
allzu großem Belang sei“, daß die beiden Kandidaten ja fast auf
demselben Standpunkt stehen und daß „was zusammengehört,
sich zusammenfinden soll“. Besonders die „Magdeb. Zeitung“
setzt Himmel und Hölle in Bewegung, um das ihr Unfassbare
einer zweiten, entscheidenden Niederlage abzuwenden. All die
schönen Wahlsprüche, die sich schon so oft als zugkräftige Leim-
ruthen für politische Gimpel erwiesen haben: „der Kampf mit den
erbitterten Feinden der Gesellschaft, der Kampf um Besitz und
Freiheit, um Ehe und Familie, der Kampf um die höchsten Güter
dieser Erde und zugleich um die höchsten geistigen und sittlichen
Belohnungen, um Religion, Bildung, Ordnung und Sitte, der
Kampf pro aris et focis, für Heerd und Altar, der Kampf
gegen Menschen, deren hirnerbrannte Lehren als Verrücktheiten
verlacht werden müßten, wenn es ihnen nicht gelungen wäre,
durch den Appell an die niedersten Leidenschaften die breiten
Massen zu durchwählen und Alles, was unzufrieden und miß-
vergnügt ist, um ihr blutrothes Banner zu schaaren, der Kampf
gegen die Feinde aller modernen Kultur und aller freiheitlichen
Institutionen“ (!) — alle diese mottenzerfressenen Lockvögel wer-
den wieder sorglich aus der Rumpelkammer hervorgeholt und,
säubertlich abgestaubt, dem Mob aufs Neue produziert. Ja die
gesinnungslosigen „Magdeburgerin“ riskirt sogar das Neueste
in der Geispensterebeschöpfung, indem sie ein paar Stellen aus
dem „Sozialdemokrat“ abdruckt und sich dadurch eigentlich des
sozialistengegiglich verpönten Verbrechens der „Verbreitung ver-
botener Schriften“ schuldig macht.

Die Diffidenden kommen natürlich mit größerem Geschick. So
läßt die „Norddeutsche“ die beabsichtigte Stimmenthaltung der
Fortschrittler fröhlich dahin um, daß letztere bei der Stichwahl
„für den Sozialdemokraten in die Schranken treten wollen“.
Die allfällige Revanche für Breslau wird ein „Stimmens-
Schacher“ genannt (als ob derlei bei der Regierung und ihren An-

*) Diese hiervon abweichende Angabe in letzter Nummer — 4582 sozia-
listische und 4173 nationalliberale Stimmen — war ungenau und erst die
provisorische Feststellung.

hängern ganz unbekannt wäre!) und dem Fortschritt gedroht, daß, wenn durch seine Schuld in Wirklichkeit Magdeburg den Sozialdemokraten überlassen werde, dadurch nur „ein weiterer Beweis geliefert würde, daß die Fortschrittspartei in logischer Konsequenz ihrer Entwicklung unerbittlich und unabwieslich zur Sozialdemokratie gelangt“. Merkt ihr den Baunpfehl, Männer des Fortschritts?

Ob diese und alle sonstigen Bemühungen, alle Nichtsozialisten ohne Rücksicht auf ihre sonstige Parteistellung und den Grad ihrer Freisinnigkeit unter Einen Hut gegen uns zu bringen, gelingen, ob insbesondere die Fortschrittler so schnell ihre Beschwerden und all ihren Groll gegen die Nationalliberalen vergessen; oder ob sie in kluger politischer Erwägung vorziehen, durch Abschließung des Ordnungsmischmasch-Kandidaten das erfreuliche Anwachsen der Opposition im allgemeinen zu konstatieren: alles dies wollen wir bei der bekannten Wankelmützigkeit und Unzuverlässigkeit der bürgerlichen Parteien dahin gestellt sein lassen. In wenigen Tagen, am 27. d. Mts., dem Tag der Stichwahl, werden wir ja überdies Gewißheit haben.

Daß unsere Magdeburger Genossen sich durch diese Gewißheit des Erfolges aber nicht hindern lassen werden, alle Kräfte aufzubieten, um dem sozialdemokratischen Kandidaten neue Hunderte und Tausende von Stimmen zuzuführen und unsern Feinden dadurch zu beweisen, was eine große und gerechte Sache trotz der brutalsten Unterdrückung und gegen die vereinte Macht der politischen und ökonomischen Gewalt vermag: dessen sind wir gewiß und bedarf es deshalb keines Wortes, um sie an ihre Pflicht zu mahnen. Die deutschen Sozialdemokraten, entwickelt, zielbewußt, kampfgewohnt, brüderlich vereint unter dem altbewährten Banner, sie sind sich ihrer Pflicht: allüberall, zu jeder Zeit, in jeder Weise und mit Aufgebot aller Kräfte für unsere große Sache einzutreten, ihr Ehre zu machen und Erfolge zu erringen, jeden Augenblick bewußt!

Darum sehen wir dem dritten Weihnachtsfeiertag nicht gleich unsern Gognern mit Furcht und Bangen, sondern im sichern Bewußtsein unserer Stärke mit Ruhe entgegen. Möge das Resultat im engeren Sinne sein, welches es wolle — die deutsche Sozialdemokratie wird auf alle Fälle die Magdeburger Wahl als einen neuen, bedeutsamen Sieg zu verzeichnen haben!!

Zum Nothstand in Schlesien.

a Breslau, 9. Dezember. In unserem engeren Vaterlande, der Provinz Schlesien, sieht es sehr trübe und traurig aus. Die Presse von ganz Deutschland bringt seitenslange Berichte über den in Schlesien herrschenden Nothstand, der namentlich in Oberschlesien so überhand genommen hat, daß eine Hungersnoth in Aussicht steht, richtiger schon eingetreten ist. Die Ursachen, welche diese Wirkung hervorbrachten und hervorbringen mußten, haben wir Sozialdemokraten, so lange wir öffentlich in der Presse und in Versammlungen das Wort ergreifen konnten, in die Deffentlichkeit gezogen. Das war aber den Nachhabern und ihren Schleppträgern höchst unbequem, und wir wurden darum mundtot gemacht durch das Ausnahmegesetz. Nun aber wagen sich allmählig, wenn auch nur schüchtern, einzelne Stimmen in der gegnerischen Presse hervor und wiederholen fast genau das, um dessentwillen man uns politisch todtlichlug. So versiegte sich in diesen Tagen die „Tribüne“ zu folgendem Ausspruch: „Aus der Unzulänglichkeit des Lohnes resultirt die unzweckmäßige, ungenügende Nahrung, resultiren alle sozialen Uebelstände, die den Hungertypus, Rohheit, Unbildung, Verbreitung des Mißbrauches alkoholischer Getränke im Gefolge haben.“

Wir sind nur neugierig, ob das Ausnahmegesetz nicht auch bald dies und ähnliche liberale Blätter unter sein schützendes Dach nehmen wird. Wir wünschen dies keineswegs, obgleich wir das Ausnahmegesetz den Liberalen zu verdanken haben; denn andernfalls müßten wohl die armen Oberschlesier Hungers sterben, ohne daß ein Schmerzensschrei an die Ohren der satten, tugendhaften Bürger dringen könnte. Und doch wird da jetzt so Manches zu Tage gefördert, was erhalten zu bleiben werth ist. So schrieb das Stabblatt in Cosel (Oberschlesien) vor Kurzem folgendermaßen:

„Daß die Noth vor der Thür ist, wird wohl jetzt Niemand mehr in Abrede stellen. Nach einem Sommer, wie der verfloßene war, der durch Ueberschwemmungen und permanente Regengüsse alle Feldfrucht verdorben, in welchem die Verdienste für den Arbeiter sehr spärlich waren, nach einem solchen Sommer ist es nicht wunderbar, daß wir den Ruf um Hilfe für unsere Nothleidenden erheben müssen. — Man möge die Noth nicht unterschätzen; grade in unserem Kreise, der nur auf Landwirtschaft angewiesen ist, macht sich der eingetretene Mangel viel empfindlicher fühlbar, als in der Hüttengegend. Im Coseler Kreise allein haben im Laufe dieses Jahres 288 Subhastationen und Konkurse stattgefunden — eine erschreckende Zahl. Wo kommen bei diesem Stande der Landwirtschaft die Nahrungsmittel her zur Ernährung der Kreisbevölkerung? Kartoffeln sind nicht vorhanden; die wenigen, die zu sehen sind, werden mit 6 Mk. 50 Pf. pro 100 Kilo verkauft (im Vorjahr 2 Mk. 60 Pf.); Kraut kostet das Schock 5 bis 6 Mk., gegen 1 Mk. im Vorjahre. Und bei diesen enormen Preisen ist nirgends ausgiebiger Verdienst. — Dem Allen entsprechen denn auch die Beobachtungen, die gemacht worden sind. Bei Gelegenheit der Aufnahme des Personenstandes ist bemerkt worden, daß die Leute statt der Kartoffeln gekochte Zuckerrüben mit Salz aßen, daß an Heizung der Wohnung oft gar nicht zu denken war, daß in fast unbewohnten Räumen Menschen hausten, die sich mit Mühe durch eine Strohecke gegen die Kälte zu schützen suchten und denen der Hunger aus dem Gesicht blickte. Muß man nicht jeden Tag fürchten, daß der drohende Typhus zum Ausbruch kommt? Wahrscheinlich, es ist hohe Zeit, daß wir mit kräftiger Hilfe bedacht werden und soweit es irgend in unsern Kräften steht, selbst helfen. Es genügt nicht mehr, die Privatwohlthätigkeit der Stadt Cosel in Anspruch zu nehmen, es ist geboten, auch von anderer Seite Hilfe in Anspruch zu nehmen. — Was irgend geschehen kann, um die Arbeiter zu beschäftigen, das möge geschehen. Der Kreis freilich hat gethan, was er konnte, um durch den Bau von Chauffeen und Vicinalwegen Verdienst zu gewähren; bei der Witterung aber, wie wir sie jetzt haben, ist es ja unmöglich die Bauten fortzuführen.

Eine lohnende Beschäftigung auch für jetzt wäre die Zuschüttung der Festungsgräben um Cosel. Die Stadt freilich ist absolut nicht im Stande, die Mittel dazu zu beschaffen. Aber der Herr Oberpräsident der Provinz selbst hat anerkannt, daß die Kosten aus dem Meliorationsfond gedeckt werden müßten. Wenn es überhaupt geschehen soll, so wäre keine Zeit geeigneter dazu als die jetzige, wo die Arbeit billig ist und zur Erlösung wird für viele Hungernde. — Noch einmal erheben wir unsere Bitte: „Helft, helft den Nothleidenden, ehe es zu spät ist!“

Sie sehen, daß die „billige Arbeitskraft“ hier als besonderer Sporn zu Nothstandsbauteil angegriffen wird. Und doch ist gerade dieselbe billige Arbeitskraft, d. h. der geradezu hundemäßige Lohn neben der vollständigen Arbeitslosigkeit der hauptsächlichste Grund des gegenwärtigen Nothstandes. Die Ursache der Krankheit soll also zugleich deren Heilung sein!

Auf welcher unerhörten miserablen Weise sich ein Theil unserer schlesischen Bevölkerung zu ernähren gezwungen ist, ist u. A. aus einem Berichte der „Schlesischen Zeitung“ ersichtlich, welcher aus Guttentag in Oberschlesien folgendes geschrieben wird:

„Es sind verschiedene Faktoren, die hier zusammenwirken, um zu den ernstesten Befürchtungen Veranlassung zu geben. Es ist die Arbeitslosigkeit der Bevölkerung, die den Nothstand hervorruft, die geradezu erbärmliche Gesundheitspflege, die ihn ganz unendlich potenzieren kann. Der Arbeitslohn für die Landbevölkerung steht jetzt auf 20—25 Pf. pro Tag und Kopf. Er hatte seine höchste Höhe während des ersten Schneefalles erreicht; die Gutsbesitzer fürchteten, die Kartoffeln nicht rechtzeitig hereinzubekommen, und erhöhten infolge dessen den Lohn auf 4—5—6—7 Sgr. pro Tag, der aber ebenso rapide bis auf den heutigen Lohnsatz fiel. Ich schrieb Ihnen schon von Malapane aus über die Gepflogenheit bei Lieferung von Streu aus den königlichen Forsten und bedauerte nur, daß der frühzeitige Winter die Streu zum großen Theil unbrauchbar gemacht, was man in umschreibender Form auch so lesen kann, daß die Austlieferung derselben rechtzeitig erfolgen möge. Wie wird dies von den Privatforstern gehandhabt? Auf vielen Privatgütern wird in den Wäldern die Streu für Arbeitslohn angewiesen, das durch Ausschalten von Kartoffeln verdient worden ist. Erst nachdem die Kartoffeln sämmtlich geerntet, wird den Arbeitern das Stück Wald zum Abbrechen angewiesen. Die hierbei gesammelte Streu ist natürlich schon von der Witterung feucht, und die Jahreszeit ist auch nicht mehr dazu angethan, die Streu zu trocknen. Es ist dies überhaupt ein wunder Punkt; man hört auf den Privatgütern alles Andere, nur keine bestimmte Antwort auf die auf Nothstand bezüglichen Fragen. Deutlich kann man die Frage von manchem Gesicht ableiten: „Holla, wech Geisteskind bist Du?“ Ueberhaupt scheinen Fragen um das Wohl und Wehe der hiesigen Bevölkerung verhaßt zu sein, und von vielen Seiten wird deswegen ein ausnahmsweiser Nothstand gelehnet, um diesen Fragen zu entgehen. Den Hofs-Arbeitern wird von den Gutsforstern für den Winter „Brennmaterial“ geliefert. Ich habe dies Brennmaterial in einer Hütte an der Schönwalder Chauffee blickt bei Rosenbergs besichtigt. Dies Brennmaterial besteht aus Reisig der erbärmlichsten Sorte, das zum Austrocknen der Hütte, deren Fußboden die liebe Mutter Erde ist, verwandt werden soll. Die Nahrungsmittel der Familie bestehen aus Kartoffeln und Kraut oder Zur; dies Nahrungsmittel besteht aus meistens auf der Handmühle geschrotetem Korn, das mit Wasser und Salz zubereitet und gefäuert ist und in das die Kartoffeln gebröckelt werden. Die Leute huldigen gezwungenermaßen meistens dem Vegetarianismus, das ganze Jahr weist ihr Tisch kein Fleisch auf; aber ich habe sehr viel darüber schimpfen hören, daß diese ungebildeten Leute, deren Magen nur die dreckigsten, unverbautlichsten und gesäuerten Speisen annimmt, von ihrem geringen Arbeitslohn noch Mittel zum „Schnapsstrinken“ übrig haben.“ In den Hütten, die herrschaftliches Eigentum und gegen Feuergefahr versichert sind, werden die Fensterscheiben zu $\frac{1}{3}$ von darüber geklebtem Zeitungspapier vertreten. Um nun zum Erwärmen dieser luftigen, nur für den Sommer eingerichteten Hütten das nöthige Brennmaterial zu haben, steht der Forstdiebstahl in höchster Blüthe; den Kleinen hängt man, den Großen läßt man laufen; wer erwischt wird bei solchem Holzdiebstahl, wird streng bestraft, er müßte denn mit Wagen und Pferden das Holz geholt haben! Hand in Hand mit dem Holzdiebstahl geht der Streudiebstahl. Als Muster der polnischen Bevölkerung werden dem Durchreisenden einzelne verroffene Eckensteher vorgeführt, an denen zur Evidenz erwiesen wird, daß die Bevölkerung einer Unterstützung nicht werth sei. Wenn die Kinder zur Jetztzeit noch barfuß in die Schule gehen, dann sind eben zum Theil die verroffenen Eltern Schuld; unter den die Wachower Schule besuchenden Kindern befinden sich 3, die jetzt und wahrscheinlich den ganzen Winter hindurch barfuß gehen. Trotzdem kommt es vor, daß der intelligentere Theil der Bevölkerung, die Lastträger an der Bahn, die Lohnfuhrkutscher, den angebotenen Schnaps zurückweisen, weil sie prinzipiell keinen Branntwein trinken. So lange die Leute für ihr verdientes Geld sich Branntwein kaufen, verfällt der Gehilte in moralische Krämpfe, findet es jedoch sehr angenehm, wenn er für geleistete Arbeit sich mit einem Schnaps abfinden kann.“

Aus Vorstehendem werden Sie ersehen, wie herrlich weit wir es gebracht haben. Aber glauben Sie ja nicht, daß es in hiesiger Metropole von Schlesien besser steht. Die Arbeiter laufen zu Tausenden arbeitslos, ein großer Theil auch obdachlos durch die Straßen, ohne jede Aussicht, ihren Hunger stillen zu können. Unsere Kaufleute stehen mit verzweiflungsvollen Gesichtern hinter ihrer Ladentafel und harren oft tagelang vergeblich auf Käufer. Mit einem Worte, die Situation ist eine nahezu unerträgliche geworden. Jeder sagt: schlimmer kann es nicht werden, die Besserung muß bald eintreten. Aber diese stehende Redensart geht schon einige Jahre von Mund zu Mund, ohne daß die gehoffte Besserung kommt. Der Bankrott unserer herrlich organisierten Gesellschaft rückt mit Riesenschritten näher. — Die Statistik der Verhaftungen zeigt ebenfalls deutlich, in welchem Maße das Elend des Volkes zunimmt. Während im Monat November 1876 etwas über 900 Personen wegen Diebstahls u. s. w. verhaftet wurden, sind im gleichen Monat dieses Jahres mehr als 1700 solcher Verhaftungen vorgenommen oder zur Anzeige gebracht worden!

Angesichts der vorstehend geschilderten Zustände kann man nur mit Staunen auf das Volk blicken, daß es alle diese Noth und das Elend fast ohne Murren trägt und nicht längst schon die

Gesellschaft, welche es so stiefmütterlich und herzlos behandelt, auf den Kopf gestellt hat. Aber es gibt ja bekanntlich kein gutmüthigeres Volk als das deutsche. Ihm ist Hunger und Entbehrung fast zur zweiten Natur geworden. Wenn stilles Leiden und lautloses Ertragen eine Tugend ist, dann ist das deutsche und speziell das schlesische Volk überaus tugendhaft, ja seine Tugend erreicht einen Grad, der bald an den Wahnsinn der Entbehrung grenzt! Aber Alles hat seine Grenze, selbst die Geduld des Deutschen. Vorläufig allerdings werden wir mit unsern 26 Dynastien, die dem Volke jährlich viele Millionen kosten und deren nothwendiges Anhängel der Alles verschlingende Militarismus ist, noch manche Jahre die mit Hunger geprägelte Nation bleiben, — so lange, bis das Volk, durch Schaden und Leid klug geworden, einsehen gelernt haben wird, daß es nur Einen Weg gibt, seinem Elende zu entrinnen und daß es sich diesen Weg selbst bahnen muß. — Denn, von der Regierung und vom Adel ganz abgesehen: das „freisinnige“ Bürgertum befindet sich in fetten Pränden und kümmert sich um die Leiden des Volkes nur dann, wenn der ausgebrochene ansteckende Hungertypus auch sein eigenes genüßliches Leben abzukürzen droht. Von wirklicher, dauernder Abhilfe der Volksleiden kann so lange keine Rede sein, als die heutige Produktionsweise bestehen bleibt, deren Wesen es ist, das arbeitende, alle Reichthümer erzeugende Volk zu Gunsten einer Handvoll Bevorrechteter zu Rechtslosigkeit und Elend zu verurtheilen.

Wer also die Möglichkeit, ja die Nothwendigkeit solcher Zustände beseitigen will, der trete mit uns ein für die Abschaffung der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, der schließe sich den Reihen der Sozialdemokratie an!

Noch einmal die Sidfrage.

Wie wir erwarteten, ist die schon erörterte Frage der Sidleistung der sozialdemokratischen Abgeordneten zum sächsischen Landtag von den politisch reifen deutschen Genossen ganz in Uebereinstimmung mit den Ausführungen des „Sozialdemokrat“ aufgeföhrt worden. Nicht Eine Anfrage, viel weniger eine gegenheilige Erklärung oder gar ein Protest ist eingelaufen; man sah die Haltung unserer Genossen Liebknecht, Freitag und Puttrich einfach für etwas Selbstverständliches an, über das weiter kein Wort zu verlieren sei. Nur ein augenblicklich in London lebender Genosse, H., (der aber im Uebrigen mit der „Freiheit“ nicht das Geringste zu schaffen hat) hat sich in seinem Gewissen beunruhigt geföhlt und sich deshalb in einem sehr lehrreichen Briefe an Liebknecht gewendet.

Obgleich wir die „Sidfrage“ (welche für vorurtheilslose, aufgeklärte Leute, welche Sozialdemokraten doch vor Allem sein sollen, freilich gar keine Frage ist) durch unsere früheren Erklärungen und die Uebereinstimmung der deutschen Genossen *) für längst und endgültig erledigt ansehen, halten wir die nachstehende Antwort auf den von London an Liebknecht gefandten Brief doch für allgemein interessant genug, um sie ihrem Wortlaut nach mitzutheilen. Nur den Namen des Londoner Briefschreibers, eines sonst berühmten Genossen, halten wir für gut, wegzulassen, da es sich ja nicht um Persönliches, sondern allein um die Sache handelt; übrigens werden mit den Verhältnissen Vertrautere ihn ohnedies leicht errathen.

Der Antwortbrief lautet folgendermaßen:

Werther Genosse!

Unser beiderseitiger Freund Liebknecht, der keine Lust hat, persönlich Ihren Brief d. d. 21. November zu beantworten, hat mich ersucht, die Antwort für ihn zu schreiben. Ich würde dieses Gefühls zurückgewiesen haben, wenn es sich um private Angelegenheiten handelte; da Sie aber in Ihrem Briefe eine allgemeine Parteiangelegenheit berühren, so stehe ich nicht an, auch Namens der übrigen Leipziger Freunde, soweit ich deren Gesinnungen kenne, zu antworten.

Liebknecht hat den Verfassungseid in der sächsischen Kammer geschworen und zwar deshalb, weil man ihn andernfalls aus dem Landtage entfernen haben würde. Hätte Liebknecht nicht geschworen, so würden vielleicht einige Genossen im Auslande diese „Heldenthat“ bejubeln, sie eine gloriose Demonstration genannt haben, während die deutschen Sozialdemokraten, die mitten im Kampfe stehen, nicht angestanden hätten, diese „Heldenthat“ eine Eseklei zu nennen. Was bedeutet denn dieser Eidschwur? „Wenn Paris eine Messe werth war, so ist mir das Wohl der Partei 100,000 Eide werth“ — sagt Liebknecht.

Treue gegen die sächsische Verfassung und den König ist kein Abschwur der republikanischen Gesinnung; derselbe bezieht sich nur auf Liebknechts landtägliche Thätigkeit und erlischt mit dem Mandate. Aber auch in Bezug auf die Landtagsthätigkeit Liebknechts würde ihn der Eid nicht einmal hindern, einen Antrag auf Einführung der Republik „im Interesse des Königs“ (er hat nicht den Königthum den Eid geschworen) und des Landes stellen zu können. Daß er aber solche Kinderei nicht verüben wird, ist freilich selbstverständlich. Die Form des Eides aber: „Bei Gott dem Allmächtigen u. c. u.“ ist doch einem wahrhaft freisinnigen Manne gleichgültig! Wer sich besonders daran stößt, kommt mir so vor, wie ein Kind, welches im Dunkeln laute Lieder singt, um die Gespinnster zu bannen; ein solcher „Freigeist“ steckt noch tief in der Religion, mag er sich auch zu keiner von den bestehenden Religionen bekennen.

Von befreundeter Seite wurde der Gedanke ausgesprochen, daß Liebknecht den Eid unter Protest hätte leisten sollen; nachdem man aber Erkundigungen angestellt hatte, wäre die Folge davon

*) Uebrigens denkt man in außerdeutschen sozialistischen Kreisen ganz ebenso. So schreibt das Organ des Schweizerischen Arbeiterbundes, die „Tagwacht“: „Kaum ist der sächsische Landtag eröffnet, so ist auch schon Liebknecht in altbekannter tapferer Weise ins Feld gerückt und hat damit am besten diejenigen Äugen gestraft, welche ihn um einer simplen Formalität willen (Erkennung des Abgeordneteneides) glauben zu den Apostaten schießen zu dürfen. Nebenbei wollen wir hier betonen, daß ein solches Gebahren, wie es von radikal sein wollender Seite nun gegen Liebknecht geübt wird, nachgerade lächerlich wird. Kein, unter Genosse Liebknecht ist der Eide geblieben und steht nach wie vor treu auf dem Plan.“ Der Antwoortener „Werter“ eignet sich diese Anweisung nicht nur vollkommen an, sondern verfährt sie noch, indem er die „Apostat“-Schreier mit hässlicher Geradschheit „Räuber“ nennt. — Eine gegenheilige Ansicht ist uns im ganz n. Umfang der sozialistischen Presse Europas und Amerika's noch nicht begegnet!

gewesen, daß Liebknecht auf die Frage, ob er diesen unter Protest geleisteten Eid als bindend für sich anerkenne, mit Ja oder Nein hätte antworten müssen. That er das erstere, so war das nur eine Verschärfung und besondere Bekräftigung des Eidschwurs, that er das letztere, so „wurde er gegangen“.

Nun lasse sich allerdings darüber streiten, ob unsere Partei überhaupt zum sächsischen Landtage wählen soll. Ich selbst war früher dagegen und hielt auch die Wahlen Liebknechts und Freitag's (im „Vorwärts“ wurde nicht viel daraus gemacht) im Jahre 1877, wo wir noch öffentlich agitieren konnten, für keine besonders bedeutenden Ereignisse. Jetzt aber, da die Thätigkeit der Partei überall beanagt und behindert wird, halte ich den Eintritt Liebknechts in den sächsischen Landtag für ein bedeutungsvolles Ereignis. Seine brillanten Reden über die Freizügigkeit, das Knappschaftskassenwesen und die Chemnitzer Wahl haben bewiesen, daß diese Ansicht die richtige ist. Solche Reden machen mehr Aufsehen und bei dem Volke mehr Eindruck — und sie waren nicht demokratisch und sozialistisch — wie alle Moskischen „Freiheiten“ und sonstige rabiate Preßerzeugnisse zusammengenommen.

Doch angenommen — die Wahl Liebknechts resp. der Eintritt desselben in die sächsische Kammer selbst wäre ein Fehler gewesen! Wer sind denn diejenigen, welche solchen Fehler hauptsächlich mitgegangen haben?

Das sind die Herren H. und Most!
Im Sommer und Herbst 1877 rebigirten sie ein Blatt in Deutschland, in welchem sie Liebknechts damalige Wahl zum sächsischen Landtagsabgeordneten mit unendlichem Jubel begrüßten und die Genossen anfeuerteten, immer mehr Sozialdemokraten in den Landtag zu wählen, um dort Breche schießen zu können; und Most, Redakteur der „Berliner Freien Presse“, druckte diese Artikel getreulich ab, fügte noch Ansichten der „Chemnitzer Freien Presse“ und der „Frankfurter Zeitung“ hinzu und — die Begeisterung über den gelungenen Wahlsieg war ohne Ende, damals, wo man so etwas gar nicht so nötig hatte!

Aber damals lebten noch die Herren Most und H. — in Deutschland!

Hätte zu jener Zeit Liebknecht den Eid geschworen — kein Hahn und kein Huhn würde danach gekräht haben. Schwieg doch Alles, als Freitag, der an Liebknechts Stelle gewählte Sozialdemokrat, den Verfassungseid geschworen! Lobte doch die „Berliner Freie Presse“ dessen Auftreten im sächsischen Landtage ganz besonders (unter Redaktion des Genossen Most) und kam doch kein Brief vom Genossen H. — aus P., der den Pannfluch schleuderte gegen den armen sozialdemokratischen sächsischen Landboten Freitag!

Noch ein Wort! Wer die Schwierigkeit der jetzigen Agitation kennt — ich mache nur aufmerksam auf die Reichstagswahl in Breslau und auf diejenige, die am 10. d. Mts. in Magdeburg stattfindet — der wird jede Gelegenheit mit Freuden ergreifen, welche geeignet ist, die sozialdemokratischen Ideen im Volke zu verbreiten; und eine solche Gelegenheit ist die Anwesenheit Liebknechts im sächsischen Landtage. Der sozialistische Parteimann, welcher jetzt in Deutschland lebt, weiß, daß die Verbindungen der Genossen hier und da gelockert sind, daß an einzelnen Orten eine gewisse Entmutigung eingerissen war und daß man die Verbindungen nicht durch ein rabiales Geschrei und „radikale“ Eidschwurverweigerungen wieder herstellt und noch weniger dem Volke dadurch Muth einflößt.

Graf Eulenburg hat im Bundesrath und im preussischen Landtage gesagt, daß die geheime Agitation für die Sozialdemokratie in Berlin genau so lebhaft betrieben würde, als vor Jahresfrist (Bestrafungen in Folge des Sozialistengesetzes aber kommen fast gar nicht vor), Zeugnis genug, daß man hier in Deutschland seine Schuldigkeit unter den schwierigsten Verhältnissen thut! Es werden an den Opfern der deutschen Sozialdemokraten die größten Anforderungen gestellt, es herrscht unter den Arbeitern verschiedener Distrikte Deutschlands die Hungersnoth, der Verdienst ist überall äußerst gering; und dennoch — — —

Es wäre ein Triumph für die Reaktion, wenn wir die Wege verließen, auf welchen wir gegenwärtig gehen. Verließen wir dieselben, gingen wir zum Beispiel alle ins Ausland — und wenn wir dort noch viel radikaler, „röther“, „am röthesten“ wüden, ja uns gegenseitig in der Couleur überböten, was ja so leicht bei einer verhältnismäßig jungen Partei geschieht, — seien Sie überzeugt, Bismarck würde vor Freuden trotz seiner Korruptenz den schönsten Purzelbaum schlagen.

Doch nun genug! Die „faule Umgebung“ Liebknechts in Leipzig, die Sie in Ihrem Briefe nicht näher präzisieren, ist eine Ueberhebung Ihrerseits, weil Sie durchblicken lassen, daß, wenn Sie Liebknechts Umgebung bildeten, der arme Liebknecht politisch besser erzogen werden würde.

Aber trotz alledem, da ich jeglichen ernsthaften Differenzen zwischen Parteigenossen abhold bin, entbiete ich Ihnen meinen besten Gruß.

W. Hasenclever.

Leipzig, den 3. Dezember 1879.

Sozialpolitische Rundschau.

Dem deutschen Bundesrath ist nunmehr der von uns bereits angekündigte Gesetzentwurf über die Verlängerung der Finanzperioden von einem auf zwei Jahre und über die gleichzeitige Verlängerung der Reichstagsmandatsdauer von drei auf vier Jahre vorgelegt worden und wird selbstverständlich angenommen werden. Die ohnehin schon sehr geringen Nachbeträge des Reichstages werden dadurch auf's Neue wesentlich eingeschränkt, was aber die Mamenten des letzteren nicht hindern wird, ihr Ja und Amen dazu zu geben.

Die preussische Gesetzgebungsmaschine arbeitet jetzt wieder mit Hochdruck. Die Regierung muß natürlich die angenehme Temperatur, welche seit den Neuwahlen im Landtagsaal herrscht, nach Kräften ausnützen und das Edelmetall ihrer innersten Herzenswünsche in kurzfristige Gesetzesmünze umwandeln lassen, so lange der Prägemechanismus so bereitwillig dem leichten Druck des Dirigenten folgt.

Die entschieden in ihren Folgen wichtigste gesetzgeberische That ist die nun seitens des Abgeordnetenhauses definitiv beschlossene Verstaatlichung des preussischen Eisenbahnwesens. Die Regierung erhielt den Auftrag, drei große Bahnen (Berlin-Stettin, Magdeburg-Halberstadt, Berlin-Minden) und eine Ruine aus der Gründerzeit (Hannover-Altenbed) zu erwerben. Hierdurch ist ein bedeutender Anfang zur Monopolisirung der Eisenbahnen in den Händen des Staates gemacht. Und die Fortsetzung bis zum Ende wird ebensowenig auf sich warten lassen, als die Erweiterung des preussischen Staatsbahnnetzes in ein Reichseisenbahnsystem. Eben so notwendig wird sich — so sehr man sich auch vielleicht jetzt noch gegen den Gedanken sträuben mag — mit der Zeit auch die Selbsterzeugung des Bahnmateriells (Wagen, Lokomotiven, Schienen etc.) in eigenen Staatsetablissements anschließen und dadurch die Einschränkung der Privatproduktion und die Ausdehnung der staatlichen, gesellschaftlichen Produktion immer größere Fortschritte machen. Wir Sozialisten können daher mit dieser Arbeit der preussischen Regierung und des Landtages trotz der augenblicklichen politischen Nachtheile, welche durch die bedeutende Vergrößerung der Regierungsmacht zweifellos entstehen, im Ganzen wohl zufrieden sein. Die Herren haben in diesem Falle durchaus nicht pour le roi de Prusse gearbeitet, sondern uns die steinige Straße der Sozialisirung der heutigen Gesellschaft in dankenswerther Weise geebnet.

Ein anderer Gesetzesvorschlag, welcher unser Interesse erregt und uns in einer der nächsten Kammern beschärfen wird, die Vererbung des bäuerlichen Grundbesitzes betreffend, wurde der Regierung warm empfohlen und wird dort jedenfalls nicht auf steinigem Boden gefallen sein, da er die Erhaltung eines „starken Bauernthums“ bezweckt, und die Regierung in einem solchen eine ihrer Hauptstützen erblicken muß. — Dagegen rief das wiedererbrachte Feld- und Forstpolizeigesetz mit seinem verächtlichen Pflanz- und Vereten-Paragrafen, durch das der Wald jedem Nichtwaldeigentümer streng verschlossen, und jeder Schritt in denselben, das Pflücken jeder Pflanze, das Aufheben jedes Blattes bestraft werden soll, in und außer der Kammer lebhaften Widerspruch hervor und wurde an die Kommission zurückgewiesen. Ob der Landtag den Forderungen der schlesischen Forstmagnaten und der sie protegirenden Regierung auf die Dauer widerstehen werden, ist erst noch abzuwarten; aber für diese Session wenigstens ist das Zustandekommen dieses, die Entrechtung des Nichtbesitzenden in geradezu skandalöser Weise statuirenden Gesetzes doch vereitelt.

Der Ehrenschild der republikanischen und demokratischen Schweiz ist durch ein jüngstes Botum des Nationalrathes mit einem häßlichen Frieden besudelt worden. Wie man sich erinnert, hat im vorigen Jahr der Bundesrath den flüchtigen deutschen Literaten Gehlsen (eine höchst zweideutige Persönlichkeit, was indessen die Sachlage um nichts verändert) eines von ihm in der „Tagwacht“ veröffentlichten Artikels wegen ohne Weiteres ausgewiesen und dadurch die schweizerische Asylfreiheit in flagrantester Weise gebrochen. Gelegentlich der Verhandlung des von Gehlsen eingereichten Rekurses im Nationalrath (Kammer) kamen aus den Reihen der republikanischen Volksvertreter Ansichten zum Vorschein, welche deutscher Nationalliberaler oder Konservativer vollkommen würdig sind, sich im Munde eines „freien Schweizlers“ aber höchst sonderbar ausnehmen. So meinte der Mehrheitsreferent Vögler u. A.: Es könne allerdings ein Volk, das vergewaltigt werde, der Regierung Gewalt entgegensetzen. Aber das deutsche Volk werde nicht unterdrückt, weil — das Sozialistengesetz in regelrechter Weise erlassen und ausgeführt worden sei! Ein anderer Repräsentant, Beck, behauptete kurzweilig, ein politischer Flüchtling habe gar keine Rechte und man solle darum auf den Recurs gar nicht eingehen. Gegen diese und ähnliche Ausführungen wandten sich allerdings die Herren Dr. Stöbel (Minoritätsreferent), Ruchonnet und Sulzer, welche in glänzenden und lebhaften Voten für die Sache der Freiheit im Allgemeinen und die Asylfreiheit insbesondere eintraten und einen (wenn auch sehr gelinden) Tadel der bundesrathlichen Ausweisung beantragten. Der Nationalrath beschloß aber mit 54 gegen 45 Stimmen Uebergang zur Tagesordnung, d. h. Abweisung des Rekurses, womit nicht nur die geschehene Ausweisung sanktionirt, sondern zugleich dem Bundesrath Vollmacht und Aufmunterung gegeben ist, die Asylfreiheit der Schweiz auch in Zukunft nach polizeilichem Ermessen zu suspendiren!

Berichte.

* Zürich, 15. Dez. Daß wir uns mit der Londoner „Freiheit“ in keine Polemik einlassen, haben wir schon neulich erklärt und versteht sich das bei der bereits genügend charakterisirten Führung dieses Organes auch von selbst; wir haben Zeit und Raum besser zu verwenden. Indessen müssen wir heute doch noch einmal auf eine Aeußerung des genannten Blattes zurückkommen, um unsern Genossen zu zeigen, wie das Londoner Blatt seine Lügen und Verläumdungen über Parteigenossen nicht etwa aus Uebereifer und in gutem Glauben ausstreut, sondern sich seiner Lüge und Verläumdung vollkommen bewußt ist!

In einer der letzten Nummern der „Freiheit“ wird redaktionell erklärt, daß die von den sächsischen Sozialisten gewählten Abgeordneten Freitag und Puttrich „nie Sozialdemokraten gewesen seien“. Nach der im Artikel „Eine traurige Alternative“ (unserer vorigen Nummer) erläuterten Sachlage kann es allerdings sowohl den genannten Genossen als der Partei ziemlich gleichgültig sein, wen das Londoner Blatt als Parteigenosse oder Nichtparteiigenosse bezeichnet; im Gegentheil würde ein mit einem Londoner Gütezeugniß beehrter Genosse diese „Ehre“ wohl wahrcheinlich als mindestens bedenklich ansehen. Nicht deswegen aber und weil etwa die solchergestalt verläumdeten Genossen Freitag und Puttrich einer besonderen Ehrenerklärung bedürften, sondern lediglich zum Zweck des oben versprochenen Nachweises wollen wir die nachfolgenden, bisher nur einem engern Genossentkreis bekannte Geschichte erzählen.

Es war im Jahre 1873, als das erst wenige Jahre bestehende Chemnitzer Parteiorgan sammt der dazu gehörigen Genossenschaftsdruckerei infolge geschäftlicher Unfälle hart am Rand der Insolvenz, des Falles stand. Nirgend war das nötige

Geld zur Einlösung der Wechsel und Fortführung des Geschäftes aufzutreiben und schon war eine Anzeige geschrieben und gedruckt, in welcher den Abonnenten des Blattes das Eingehen desselben angekündigt wurde. Aber die theilhaftigen Chemnitzer Genossen konnten es nicht über sich gewinnen, diese traurige Anzeige zu veröffentlichen. Mit dem Eingehen des Blattes war die Hoffnung auf Eroberung des Chemnitzer Wahlkreises für die Sozialdemokratie schwer erschüttert und die auf die Erreichung dieses Zieles jahrelang gemachten Anstrengungen größtentheils vergeblich; denn ohne das eminente Agitationsmittel der Presse war in jener Zeit, in welcher uns noch kein Ausnahmegesetz und auch ohne dieß Mittel zu behelfen gelehrt hatte, kein Erfolg zu hoffen. Aber mehr noch: der Fall der Chemnitzer zentralen Position mußte auch auf eine Reihe umliegender Wahlkreise, für welche ebenfalls das Chemnitzer Blatt das wichtigste Agitationsmittel bildete, den schlimmsten Einfluß üben. Man sieht: an der Erhaltung des Chemnitzer Parteiorgans und des dazu gehörigen Druckereigeschäftes hing damals viel! — Man kann sich deshalb die Bedrängniß der Chemnitzer Genossen leicht vorstellen. Da wurde in letzter Stunde noch ein Versuch zur Haltung des Geschäftes gemacht. Ein Genosse reiste nach Leipzig und legte dem Genossen Freitag die Sache vor. Wohl verheißte er sich nicht, daß die erhebliche Summe, um welche es sich handelte, für einen Einzelnen ein zu großes Opfer sei; aber es gab kein anderes Mittel. Und Gen. Freitag brachte — ohne viel Phrasen und Aufsehen zu machen oder große Anerkennung zu verlangen — das Opfer und rettete so die Chemnitzer Position! Und mit Hilfe des dadurch erhaltenen Chemnitzer Parteiorgans wurden bei der Reichstagswahl wenige Wochen später die Wahlkreise Freiberg, Rittweida, Stollberg und vor Allem auch Chemnitz erobert und in letzterem derselbe Mann gewählt, der jetzt die „Freiheit“ schreibt und trotz genauer Kenntniß dieser Sachlage und der weiteren Thätigkeit des genannten Genossen im Interesse der Partei die unglaubliche Dreistigkeit und Charakterlosigkeit hat, schlankweg zu behaupten: der genannte Genosse sei nie Sozialdemokrat gewesen und es sei schlimm, daß derselbe trotzdem von Sozialdemokraten in den Landtag geschickt worden sei!

Es dürfte wohl für keinen ehrlichen Sozialdemokraten eine Frage sein, wer ein besseres Mitglied unserer Partei ist: ein Mann, der ruhig und ohne von seinen Verdiensten ein großes Wesen und Geschrei zu machen, seine Parteipflicht in reichlichstem Maße erfüllt; oder Jemand, dessen ganzes Streben darauf gerichtet ist, die besten Genossen auf's Infamste zu verläumben, durch unablässige Hebereiery Misstrauen und Zwietracht in unsere Reihen zu säen und die deutsche Partei systematisch zu beschimpfen und zu schädigen, und ein Blatt zu schreiben, das weit mehr der Bekämpfung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, als der ihrer Feinde gewidmet ist!

Damit wollen wir dieß widerliche Kapitel vorläufig schließen.

dn. Zürich, 17. Dezember. Das Sozialistengesetz, „diese wahrhaft gesetzgeberische Arbeit“ — wie Herr von Benningfen es nannte —, hat unter andern die schätzbare Eigenschaft, daß zwar das Publikum sich über die Tragweite seiner Bestimmungen beständig im Unklaren befindet, die ausübenden Behörden aber — nicht minder. Ein drastisches Beispiel dafür liefert das Schicksal des „Jahrbuch für Sozialwissenschaft“. Der Verleger desselben, Herr Buchhändler Körber dahier, hatte sofort bei der verbietenden Behörde, der Regierung von Schwaben und Neuburg, reklamirt, und von ihr unterm 6. September den Bescheid erhalten, daß es ihm „unbenommen bleibe, Beschwerde an die Reichskommission in Berlin zu führen.“ Sofort wendet sich Herr K. an diese höchste, in Sachen des Sozialistengesetzes unfehlbare Behörde und erhält von ihr unterm 4. Oktober ein Schreiben, daß es ihm „freistehe, binnen einer... Frist von acht Tagen die weitere schriftliche Begründung... an die Reichskommission einzureichen.“ Diese weitere Begründung ging pünktlich ab. Im Widerspruch aber mit dem Bescheid der Regierung von Schwaben und Neuburg und ihrer eigenen Bestimmung schreibt dieselbe Reichskommission nun unterm 28. November an Herrn K., „daß die Beschwerde als unannehmbar zurückzuweisen sei.“ § 13 bestimme nämlich, daß das Verbot einer Druckchrift dem Verleger, Herausgeber etc. mitzuthellen sei, sofern diese Personen im Inlande vorhanden sind, woraus sich ergebe, „daß eine Beschwerde nur diesen Personen zustehe“, — eine Auslegung, nach welcher jede beliebige Landespolizeibehörde ein im Auslande erscheinendes Werk auf Grund des Sozialistengesetzes verbieten und konfiszieren kann, ohne daß der Verleger auch nur mußten darf. In der That, eine wahrhaft gesetzgeberische Arbeit, dieses Gesetz!

—as. Berlin, 16. Dez. Wie sich voraussehen ließ, läßt die Polizei die „schneidige Waffe“ des Belagerungszustandes auch nach ihrer Erneuerung nicht untätig ruhen. Vergangenen Freitag sind wieder zwei Genossen, die Schneider Zimmath und Benzien ausgewiesen worden. Bekanntlich hat Graf Eulenburg mit großer Emphase versichert, daß es auch ihm „eine harte, scharfe Maßregel sei, Jemand auszuweisen aus dem Mittelpunkt des Lebens und seiner Familie, und daß eine solche Maßregel nur stattgefunden habe und nur stattfinden solle in dringenden und flagranten Fällen“. Es wäre nun sehr interessant zu erfahren, in welcher Weise denn bei den beiden Genannten ein „dringender und flagranter Fall“ vorgelegen hat. Denn Zimmath und Benzien sind sehr ruhige Leute und weit entfernt, „Agitatoren“ zu sein. Die Wahrheit ist eben, daß die ganze heuchlerische Erklärung Eulenburg's eine große Lüge ist, wie die Regierung dem geduldeten Volk schon so unzählige mit eherner Stirn gesagt und deren noch zahllose sagen wird. Das ganze Verbrechen der beiden ausgewiesenen Genossen ist eben, daß sie Sozialdemokraten sind, nicht schuldiger noch schuldloser als tausend andere auch. Wenn aber Eulenburg meint, daß die Ausweisung „das einzige Mittel sei, vor welchem die Betroffenen sich überhaupt scheuen und durch welches sie in Schranken gehalten werden können“, dann ist er bedeutend auf dem Holzweg. Wenn er gesagt hätte, daß die Ausweisung mit ihren ruinirenden Wirkungen für die Einzelnen das beste Mittel sei, um die herrschende Erbitterung immer höher zu treiben und

